Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf., Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1720.

Nr. 42. Berlin, Sonnabend, 24. Mai 1913. Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Unser Verbandstag und die Presse. — Statistik der Rechtsprechung in der Unfall- und Invalidenversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Unser Verbandstag und die Presse.

In der Rede, mit der der Verhandlungsleiter, Kollege Hartmann, den Verbandstag schloß, fühlte er sich verpflichtet, auch der deutschen Presse den Dank auszusprechen für ihre gründliche und sachliche Berichterstattung. In der Tat muß anerkannt werden, daß unsere Verhandlungen von dem größten Teil der maßgebenden deutschen Zeitungen einer eingehenden Besprechung gewürdigt worden sind. Daß die Beurteilung verschieden ausfiel, ist in der Natur der Dinge begründet. Jedenfalls können wir mit der Berichterstattung durchaus zufrieden sein; denn unsere Tagung hat diejenige Beachtung in der Oeffentlichkeit gefunden, die ihr nach der Bedeutung unserer Organisation zukommt.

Unfreiwillig haben sicherlich die konfliktslüsternen Regierungsvertreter dazu beigetragen, daß auch Zeitungen von unserm Verbandstage Notiz genommen haben, die uns sonst gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen. Wenn auch die Behandlung, die wir dort erfahren, keineswegs freundlich ist, so haben wir doch keinen Anlaß, dies irgendwie zu bedauern. Im Gegenteil, wir freuen uns, daß von den Deutschen Gewerkvereinen dadurch etwas in Kreise getragen wird, die sonst von uns nur selten etwas hören.

Trotz der lebhaften Auseinandersetzungen hat der Verbandstag einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen. Es herrscht volle Einmütigkeit über die grundsätzliche Stellung unserer Gesamtorganisation. Keinerlei prinzipielle Aenderungen sind vorgenommen worden, und wenn wir einmütig zusammen wirken, dann wird es uns gelingen, auch in der neuen Verbandsperiode unsere Ideen weiter zu verbreiten und unserer Bewegung neue Anhänger zuzuführen. Jedenfalls ist reiche Arbeit geleistet worden. Das erkennt auch in ihrem ausführlichen und sachlichen Bericht die „Soziale Praxis" an, die ihre Betrachtungen mit den Sätzen schließt:

„Es wird nun die vornehmste Pflicht der Gewerkvereine sein, an der praktischen Durchführung ihrer Beschlüsse mit aller Kraft zu arbeiten. Wenn die wichtigen Beratungen, die dieser Kongreß über das innere Verbandsleben und über Personenfragen gepflogen hat, dazu beitragen, die lebendige Arbeit für die hochgesteckten Ziele zu erleichtern, dann wird der Verlauf des 18. Verbandstages den Deutschen Gewerkvereinen Gewinn bringen und auch das Reichsamt des Innern sich überzeugen, daß es bei den Deutschen Gewerkvereinen nur das sachliche Interesse an der wirklich dringenden Reform des Arbeitsrechts und nicht agitatorischer Uebereifer ist, der sie treibt, diese allzulange vernachlässigten Dinge mit Entschlossenheit und Schärfe in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen."

Der letzte Satz spielt an auf den Konflikt mit den Regierungsvertretern, über den sich der Reichstagsabgeordnete Weinhausen auch in der „Hilfe" äußert. Nach Schilderung des Vorganges wird da gesagt:

„Einmal zeigt der Zwischenfall aufs deutlichste, daß die offiziellen Abgesandten regierender Stellen sich auf Arbeitertagungen als Zensoren und Vormünder, statt als lernende Gäste fühlen. Und zum anderen lehrt er aufs neue, daß die höhere Bureaukratie die landläufige Arbeitersprache gar nicht versteht. Der Herr Geheimrat ist aufs höchste indigniert, daß ein Arbeiterführer von dem hemmenden Einfluß der Großindustrie auf die Regierenden zu sprechen wagt. Als ich eine Stunde vorher in meinem Vortrag über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter genau dasselbe, nur mit etwas anderen Worten sagte, fand der aufmerksam zuhörende Regierungsvertreter keinen Grund offenen Widerspruchs. Ja, er ließ es auch ruhig passieren, daß ich — ohne natürlich eine Ahnung von der gleich danach erfolgenden amtlichen Bestätigung meiner Ausführungen zu haben — das mangelnde Verständnis der hohen Offiziere und Beamten für die mündliche und schriftliche Ausdrucksweise der ihnen unterstellten Arbeiter scharf kritisierte. Man kann das Vorgehen des Herrn Geheimrats nur im höchsten Grade bedauerlich finden. Protest muß aber dem Bedauern hinzugefügt werden, wenn der geladene Gast sich wie hier herausnimmt, den Hausherrn vor versammeltem Kriegsvolk öffentlich zur Rede zu stellen und unverhüllte Drohungen auszustoßen. Stillschweigendes Fortgehen hätte man allenfalls noch kopfschüttelnd hinnehmen können, gegen den aller Sitte widersprechenden öffentlichen Einschüchterungsversuch muß aber lebhaft protestiert werden. Es zeugt von einer höchst bedauerlichen Verkennung der Absichten sowohl der einladenden Arbeiterorganisationen wie (hoffentlich!) der delegierenden hohen Reichsbehörden. Um dieser seiner grundsätzlichen Bedeutung willen werde ich den Zwischenfall, bei dem ich leider nicht mehr zugegen war, parlamentarisch noch weiter verfolgen."

Wesentlich anders wird der Zusammenstoß mit den Geheimräten in der rechtsstehenden Presse beurteilt. Die „Köln. Ztg.", der man enge Beziehungen zur Reichsregierung nachsagt, redet von aufreizender und klassenverfeindender Gehässigkeit in Gleichauf's Referat, von Beschimpfung und Verleumdung eines Gastes usw. Das Ansinnen des Geheimrats Siefart an den Verhandlungsleiter, daß er den Kollegen Gleichauf wegen seiner Ausführungen zurechtsetzen sollte, wird als „die mindestmögliche Forderung" bezeichnet, und daß nach Ablehnung dieser Forderung die Herren Geheimräte davonzogen und gewissermaßen in den Streik eintraten, als durchaus korrekt bezeichnet. Das ist unseres Erachtens denn doch ein starkes Stück. Was hätten denn die Herren Geheimräte sonst noch verlangen sollen? Wir sind der Meinung, daß bei etwas Besonnenheit auf seiten der Herren die ganze Angelegenheit sich hätte vermeiden lassen. Wenn Herrn Geheimrat Siefart die Ausdrücke Gleichauf's übertrieben erschienen, so hätte er ja einfach dieselben als solche zurückweisen können. Das blieb ihm unbenommen. Aber von dem Vorsitzenden zu verlangen, daß er, bevor die Diskussion eröffnet und die Ansicht des Verbandstages zum Ausdruck gekommen war, dem Referenten eine Rüge erteilte, das geht denn doch über das Maß des Erlaubten hinaus.

Selbstverständlich haut die Presse der Kraut- und Schlotjunker in dieselbe Kerbe. Das Organ des Bundes der Landwirte meint, daß ein anderes Verhalten der Regierungsvertreter nicht erwartet werden konnte. Der Vorgang sollte aber den verantwortlichen Stellen Erwägungen darüber nahelegen, ob sie mit ihrer Sozialpolitik oder doch mit ihrer Bereitwilligkeit, Kongresse agitatorischer Vereinigungen zu beschicken, auf dem rechten Wege sind. „Kreuz-Zeitung" und „Hamburger Nachrichten" sind der Meinung, daß die Regierungsvertreter sich die unangenehme Situation hätten ersparen können, wenn sie überhaupt nicht zum Verbandstage gekommen wären, und sie knüpfen daran die Mahnung, daß man künftig von solchen Veranstaltungen fernbleiben müsse. Auch die „Bayrische Staatszeitung", das neugegründete Organ des Ministeriums Hertling, kann es sich natürlich nicht versagen, in das Scharfmacherhorn zu stoßen. Das ist sie schon den christlichen Gewerkschaften schuldig, denen sie naturgemäß sehr nahesteht.

In der christlichen Gewerkschaftspresse haben wir bisher sehr wenig Aeußerungen gefunden. Der christliche „Metallarbeiter" spricht in seiner letzten Nummer von den „in Ungnade gefallenen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen" und dem Radikalismus, mit dem wir angeblich die Sozialdemokraten übertreffen wollen. Daß dabei auch die Wahrheit etwas zu kurz kommt, braucht bei der neuerdings beliebten Kampfesweise dieses Blattes nicht wunderzunehmen. Es wird nämlich dem Kollegen Gleichauf nachgeredet, er hätte von der Möglichkeit gesprochen, seine Forderungen zu verwirklichen, wenn die Hirsch-Dunckerschen die Mehrheit im Parlament d. h. im deutschen Reichstag erlangt hätten. Daß Kollege Gleichauf etwas derartiges nicht gesagt hat, ist selbstverständlich. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hat mehrfach Gelegenheit genommen, sich mit unserm Verbandstage zu beschäftigen. Es ist dies in der üblichen gehässigen Weise geschehen, die wir von jener Seite gewöhnt sind. Den Gipfel der Niederträchtigkeit hat natürlich der „Vorwärts" erklommen, der seine Betrachtungen mit der Bemerkung schließt, daß die Regierungsvertreter wohl deswegen durch die Aeußerungen Gleichauf's so vor den Kopf gestoßen worden seien, weil die Gewerkvereine bei der Regierung durch ihr Verhalten schon den Eindruck von Gelben gemacht hätten. Diese Kampfesweise ist so niedrig, daß wir auf eine Erwiderung verzichten. Verhältnismäßig objektiv beurteilt dagegen das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" den viel besprochenen Vorgang.

Interessant ist die Stellung, die ein so weit rechtsstehendes Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" einnimmt. Da heißt es nämlich:

„Die Auffassung, von der man ausgeht, ist eben zu verschieden: Auf der einen Seite der Referent oder einer der Diskussionsredner, der für seine Lebensaufgabe kämpft und infolgedessen alle Leidenschaftlichkeit in seine Worte hineinlegt, die seiner guten Sache dienen soll, auf der anderen Seite der Regierungsbeamte, der von Berufs wegen eine sehr viel temperiertere Anschauung der Dinge vertritt und möglicherweise auch überempfindlich ist gegenüber Vorwürfen, die nicht so sehr gegen ihn persönlich gerichtet sind, als gegen ein System, das aus dem Gedankenkreis des Widerparts heraus den verfolgten Zielen hinderlich erscheint. Im Grunde also redet man aneinander vorbei und spielt noch den Gekränkten, wo ein einziges Wort der Aufklärung die Gegensätze leicht in Wohlgefallen hätte auflösen können."

Im übrigen wird der Radikalismus, der sich in der Arbeiterschaft hier und da breit macht, zurückgeführt auf Unterlassungssünden, die man sich der Arbeiterschaft gegenüber hat zuschulden kommen lassen.

Die linksstehende Presse hat in dem Konflikt mit den Regierungsvertretern sich rückhaltlos auf unsere Seite gestellt. Das muß mit Genugtuung anerkannt werden. Es würde zu weit führen, wollten wir alle die Kundgebungen hier registrieren. Wir begnügen uns deshalb mit den markantesten. Die „B. Z. am Mittag" weist mit Recht darauf hin, daß der Geheime Regierungsrat Siefart zur Begründung seines Verlangens die Redewendungen Gleichauf's schärfer pointierte, als sie in dem Vortrage zur Geltung gekommen waren, sodaß ein Unbefangener den Eindruck haben könne, als hätten die von dem Regierungsvertreter selbst zugespitzten Pointen im wesentlichen den Inhalt und die Tendenz des Vortrages dargestellt. Das Blatt tadelt die Empfindlichkeit der Geheimräte und sagt mit Recht:

„Wenn daher die hohe Bureaukratie es darauf anlegen will, die gekränkte Leberwurst zu spielen, so bietet ihr jeder Kongreß, jede Zusammenkunft und jede Beratung Gelegenheit dazu, denn der Kongreßton ist eben nicht studentischer Komment mit Revokationen und Satisfaktionen. Daraus sollte man aber Anlaß nehmen, die Zweckmäßigkeit der Ein-

ladung von Regierungsvertretern zu solchen Veranstaltungen einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Wenn die Regierung von sich aus den Wunsch bekundet, zum Zwecke der Information den Veranstaltungen beiwohnen zu dürfen, so wird man ihr das nirgends versagen, aber unter keinen Umständen darf aus diesem Interesse für die Sache die Forderung abgeleitet werden, daß die Versammelten sich Schranken auferlegen und nicht sagen, was sie ohne die Anwesenheit eines Regierungsvertreters gesagt hätten."

Aehnlich beurteilt die „Frankfurter Zeitung" die Angelegenheit, indem sie schreibt:

„Schon am ersten Verhandlungstage aber nahm Herr Siefart an einem Referat über die Notwendigkeit eines Arbeitsrechts Anstoß und verließ, als der Vorsitzende den Referenten nicht monierte, mitsamt seinem Kollegen unter Protest das Lokal. Er hatte die Meinung, daß die Ausführungen des Referenten „das zulässige Maß der Kritik" weit überschritten hätten. Es ist ein echt bureaukratischer Begriff, dieses „zulässige Maß der Kritik", und einem rechten Geheimrat wird es wohl gar nicht klar zu machen sein, daß man in einer Versammlung von Arbeitern für diesen Begriff kein Verständnis haben kann. Da fragt man nicht nach formaler Korrektheit, sondern man will seinem Herzen Luft machen und seinen Gedanken Ausdruck geben, in der Form, die man beherrscht und die einem die treffendste zu sein scheint. Der Referent, der den Unmut des Regierungsvertreters erregte, hat nach allen vorliegenden Berichten nichts gesagt, was ein Einschreiten gegen ihn notwendig gemacht hätte; er hat allerdings der Regierung allerlei unangenehme Vorwürfe gemacht, aber selbst gesetzt den Fall, die Vorwürfe wären übertrieben oder gar stark übertrieben gewesen, so durfte der Regierungsvertreter deshalb doch nicht weglaufen. Denn er war doch nicht zu dem Zwecke auf dem Kongreß erschienen, um Elogen für die Regierung zu hören, sondern um sich sachlich zu orientieren, und für seine amtliche Tätigkeit zu lernen. Es war also durchaus notwendig, daß die Versammlung sich durch seine Anwesenheit nicht abhalten ließ, frei und ungeniert über alle Beratungsgegenstände zu sprechen, und es ist erfreulich, daß die in der Versammlung auftretenden Redner sich tatsächlich durch den Vertreter der hohen Regierung nicht im mindesten einschüchtern ließen."

Die in Mannheim erscheinende „Neue Badische Landesztg." benutzt die Gelegenheit, ihre Stellung zu den Deutschen Gewerkvereinen zum Ausdruck zu bringen, wobei sie zu nachstehenden Schlußfolgerungen kommt:

„Demgegenüber ist das Programm der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, das sich mit den Forderungen der Fortschrittlichen Volkspartei zur Reform des Arbeitsvertrags im großen und ganzen berührt, wahrhaft staatserhaltend, und die Herren Regierungsvertreter hätten gut daran getan, sich diese Gedankengänge einmal vorurteilslos durch den Kopf gehen zu lassen. Statt dessen haben sie sich an der Begründung durch den Referenten Gleichauf gestoßen, der in der derben Sprache, wie sie nun einmal die Männer der harten Faust zu sprechen gewohnt sind, aber sachlich durchaus richtig, die jetzigen Zustände geschildert hat. Es bedeutet keineswegs eine Beleidigung irgendeiner Stelle, wenn er sagt, daß jetzt zwischen Arbeitern und Unternehmern kein geordnetes Rechtsverhältnis besteht, sondern das Recht des Stärkeren, oder, wie er sich ausdrückte, das Faustrecht. Ueber diese Darlegung, die im Zusammenhang betrachtet durchaus logisch und richtig ist, hat sich der Geheimrat aus dem Reichsamt des Innern, der im Auftrag des Herrn Staatssekretärs den Verhandlungen beiwohnte, derart entrüstet, daß er die Mappe unter den Arm nahm und mit einem weiteren Regierungvertreter das Lokal verließ.

Wir wissen nicht, ob er mit dieser Haltung den Dank und die Anerkennung seines Chefs geerntet hat, aber jedenfalls haben die Gewerkvereinler keinen Grund, sich graue Haare wachsen zu lassen über den Aerger des Regierungsvertreters. Die Gewerkvereine haben sich durchgesetzt und kraftvoll erhalten in einer Welt voller Widerstände. Sie haben das große Verdienst, zuerst den modernen Organisationsgedanken aus England nach Deutschland übertragen zu haben, zu einer Zeit, als man in der Sozialdemokratie mit Hohn und Spott auf diese Bestrebungen, wirtschaftliche Verbesserungen zu erzielen, herabblickte. Sie sind später von den sozialdemokratischen Gewerkschaften an Zahl überholt worden, nicht aber an innerer Kraft und Leistungsfähigkeit, und nie hat ihnen Regierungsgunst ihre schwere Stellung gegenüber den Angriffen von allen Seiten erleichtert. Sie werden auch in Zukunft ihren Weg gehen und allem Zwang zum Trotz, den die Sozialdemokratie immer wieder auf den Arbeitsplätzen versucht, ihr gesundes Programm hochhalten.

Diesem Programm einer Arbeiterpolitik, die den Zusammenhang mit dem Volksganzen nicht verliert und den einseitigen Klassenkampf vermeidet, gehört die Sympathie aller Volkskreise, die in einer energischen Reformpolitik nicht aber in Revolutionsträumereien die beste Gewähr für eine gedeihliche Zukunft unserer breiten Volksmassen erblicken."

Endlich sei auch anerkannt, daß die auf demokratischem Boden stehende „Berliner Volkszeitung" ganz entschieden das Verhalten der Regierungsvertreter verurteilt hat, und wir stellen dies fest trotz der Angriffe, die das genannte Blatt gegen unsern Redakteur gerichtet hat.

Damit Schluß für heute! Wir glaubten unsern Lesern diese Urteile nicht vorenthalten zu dürfen, weil die Gegner draußen im Lande sicherlich versuchen werden, auch aus den Dingen, die sich auf dem Verbandstage abgespielt haben, Kapital gegen uns zu schlagen. Ist ihnen doch kein Mittel zu schlecht, wenn es gilt, die gute Sache der Gewerkvereine zu schädigen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß wir vor allen unparteiisch Denkenden mit diesem Verbandstage gut bestehen werden. Aufgabe unserer Mitglieder muß es aber sein, das, was der Verbandstag beschlossen hat, unserer Organisation nutzbar zu machen. Alle Kräfte müssen zusammenwirken, um unsere Sache, die wir aus innerster Ueberzeugung als die Zukunft der Arbeiterbewegung ansehen, zu fördern und vorwärts zu bringen.

Statistik der Rechtsprechung in der Unfall- und Invalidenversicherung.

Der kürzlich veröffentlichte Bericht unseres Vertreters vor dem Reichsversicherungsamt erhält erst den richtigen Untergrund durch die Uebersicht über die Ergebnisse der sozialen Rechtsprechung, die im „Reichsarbeitsblatt" bekannt gegeben wird. Diese Uebersicht über das Jahr 1912 weicht insofern etwas von den früheren Veröffentlichungen dieser Art ab, weil zum erstenmal die Angaben über die Hinterbliebenenversicherung mit in Betracht gezogen werden müssen.

Was zunächst die Unfallversicherung anbetrifft, so wurden im Jahre 1912 von sämtlichen Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden 424 855 berufungsfähige Bescheide erlassen, und zwar 248 067 in gewerblichen und 176 788 in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen. Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem Vorjahr, das einen Rückgang aufzuweisen hatte, wieder eine erhebliche Zunahme um weit über 15 000. Die Angaben für die einzelnen Jahre seit 1901 ergeben nachfolgende Tabelle:

Jahr	Berufungsfähige Bescheide		
	überhaupt	und zwar auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze	und zwar auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes
		Zahl	Zahl
1912 . . .	424 855	248 067	176 788
1911 . . .	409 284	232 877	176 407
1910 . . .	416 913	234 705	182 208
1909 . . .	422 076	228 667	193 409
1908 . . .	422 012	231 188	190 824
1907 . . .	417 957	226 889	191 068
1906 . . .	406 097	215 694	190 403
1905 . . .	395 568	203 661	191 902
1904 . . .	375 696	189 261	186 435
1903 . . .	347 830	176 362	171 468
1902 . . .	317 330	163 547	153 783
1901 . . .	298 983	152 052	146 931

Berufungen gegen die Bescheide der Berufsgenossenschaften wurden bei den zuständigen Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung bezw. Oberversicherungsämtern im Jahre 1912 insgesamt 70 023 eingelegt, und zwar 48 689 in gewerblichen und 21 334 in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen. Auch hier macht sich ein allerdings nicht erheblicher Rückgang in der Zahl bemerkbar, wie er schon seit dem Jahre 1910 festgestellt werden kann. Nachstehende Tabelle gewährt darüber einen Ueberblick.

Jahr	Anhängig gewordene Berufungen		
	überhaupt	und zwar auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze	und zwar auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes
		Zahl	Zahl
1912 . . .	70 023	48 689	21 334
1911 . . .	70 324	48 602	21 722
1910 . . .	72 917	49 830	23 087
1909 . . .	76 352	52 180	24 172
1908 . . .	74 570	50 599	23 971
1907 . . .	70 957	46 994	23 963
1906 . . .	70 542	46 227	24 315
1905 . . .	68 742	44 345	24 397
1904 . . .	65 197	41 126	24 071
1903 . . .	61 242	38 663	22 579
1902 . . .	56 014	35 686	20 328
1901 . . .	50 502	31 492	19 010

Stellt man die Zahl der eingelegten Berufungen derjenigen der ergangenen berufungsfähiger Bescheide gegenüber, so ergibt sich, daß auf 100 Bescheide Berufungen entfielen:

Jahr	überhaupt	gewerbliche	landwirtschaftliche
1912 . . .	16,48	19,63	12,07
1911 . . .	17,18	20,87	12,31
1910 . . .	17,49	21,28	12,67
1909 . . .	18,09	22,82	12 50
1908 . . .	17,67	21,89	12,56
1907 . . .	16,98	20,71	12 54
1906 . . .	17,37	21,48	12,77
1905 . . .	17,38	21,77	12,71

Von 100 durch Schiedsgerichtsurteil erledigten Streitsachen wurden 15,58 durch völlige oder teilweise Abänderung, also zugunsten der Versicherten, erledigt. Dieser Anteil beträgt bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen 15,75, bei den landwirtschaftlichen 15,20. Diese Prozentsätze decken sich ungefähr mit denen des Vorjahres, das gegenüber dem Jahre 1910 einen nicht unerheblichen Rückgang zu verzeichnen hatte, worin man mit Recht den Ausdruck der Verschlechterung der Rechtsprechung in Unfallversicherungssachen erblicken durfte.

Ueber die gegen die Schiedsgerichtsurteile anhängig gewordenen Rekurse belehrt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Anhängig gewordene Rekurse				
	überhaupt	und zwar auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze		und zwar auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes	
		Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
1912 . . .	22 827	19 038	83,4	3 789	16,6
1911 . . .	24 184	19 878	82,2	4 306	17,8
1910 . . .	25 666	20 721	80,7	4 945	19,3
1909 . . .	25 284	20 126	79,8	5 108	20,2
1908 . . .	22 552	17 679	78 4	4 873	21,6
1907 . . .	19 604	15 307	78,0	4 297	22,6
1906 . . .	19 634	15 236	77,6	4 398	22 4
1905 . . .	17 422	13 372	76 8	4 050	23,2
1904 . . .	16 473	12 456	75,6	4 017	24,4
1903 . . .	15 625	11 8 4	76 0	3 751	24,0
1902 . . .	14 107	10 759	76 3	3 348	23,7
1901 . . .	12 419	9 231	74,3	3 188	25,7

Auf je 100 rekursfähige Schiedsgerichtsurteile entfielen im Berichtsjahre 25,72 bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemachte Rekurse, und zwar in gewerblichen Unfallversicherungssachen 28,76, in landwirtschaftlichen 16,79. Die Häufigkeit der Rekurseinlegung schwankt seit 1891 bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen zwischen 26,10 (1891) und 35,68 (1902), bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen zwischen 16,79 (1912) und 24,68 (1898) auf 100 rekursfähige Schiedsgerichtsurteile.

Es ist eine ganz natürliche Erscheinung und entspricht auch durchaus den Ergebnissen der Statistik, daß die Versicherten viel häufiger Rekurs einlegen als die Berufsgenossenschaften. Auf 100 rekursfähige Schiedsgerichtsurteile entfielen denn auch im Jahre 1912 Rekurse der Versicherten in gewerblichen Unfallversicherungssachen 22,25, in landwirtschaftlichen 13,31. Für die Rekurse der Berufsgenossenschaften sind die entsprechenden Ziffern der Rekurshäufigkeit bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen 6,51, bei den landwirtschaftlichen dagegen 3,48.

Aber nicht nur in der Zahl der eingelegten Rekurse, sondern auch in derjenigen der Erfolge unterscheiden sich die Berufsgenossenschaften von den Versicherten. Erstere kennen die Gesetze besser als die Arbeiter, die oft genug eines erfahrenen Beraters entbehren müssen. Dann aber legen die Berufsgenossenschaften auch wegen ihrer genaueren Kenntnis der Gesetze weit weniger aussichtslose Rekurse ein. Zu einer völligen oder teilweisen Abänderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils zugunsten der Versicherten kam es in gewerblichen Unfallversicherungssachen in 17,5, in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen in 20,6 von 100 durch Urteil erledigten Rekursen. Die Versicherungsträger haben dagegen viel günstiger abgeschnitten. Sie gewannen bei den gewerblichen Unfallversicherungssachen 56,2 mal, bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen 44,7 mal bei 100 durch Urteil erledigten Rekursen.

Der Invalidenversicherung ist im Jahre 1912 die Hinterbliebenenversicherung angegliedert worden, so daß hier das Bild ein wesentlich anderes wird. Es ergingen im ganzen 222 193 berufungsfähige Bescheide, und zwar 178 768 in Invalidenrenten-, 13 611 in Altersrenten- und 29 814 in Hinterbliebenenversicherungssachen.

Von den im Jahre 1912 ergangenen 133 889 Festsetzungsbescheiden in Invalidenrentensachen

sind 122 726 für dauernde und 11 163 für vorübergehende Invalidität bewilligt. Ferner betrafen von diesen Festsetzungsbescheiden 118 609 Invalidensachen ohne Kinderzuschuß und ohne Zusatzrenten, 15 148 solche mit Kinderzuschuß, 112 solche mit Zusatzrente und 20 solche mit Kinderzuschuß und Zusatzrente. Von den 29 814 ergangenen Bescheiden in Hinterbliebenenversicherungssachen betrafen 9194 Witwen- oder Witwerrenten, 15 818 Waisenrenten, 4656 Witwengeld und 146 Waisenaussteuer.

Die Zahlen für die einzelnen Jahre ergeben nachstehende Zusammenstellung:

Jahr	Berufungsfähige Bescheide in Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungssachen			
	überhaupt	und zwar in		
		Invalidenrentensachen	Altersrentensachen	Hinterbliebenenversicherungssachen
1912 . . .	222 198	178 768	13 611	29 814
1911 . . .	190 024	177 125	12 899	.
1910 . . .	188 291	175 869	12 922	.
1909 . . .	189 424	177 022	12 402	.
1908 . . .	180 907	168 094	12 813	.
1907 . . .	181 858	169 278	12 585	.
1906 . . .	181 249	168 799	12 450	.
1905 . . .	189 305	176 639	12 666	.
1904 . .	202 588	188 661	13 872	.
1903 . . .	207 414	192 949	14 465	.
1902 . . .	193 733	178 768	14 965	.
1901 . . .	177 106	160 017	17 089	.

Berufungen in Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungssachen waren bei den Oberversicherungsämtern 33 366 zu bearbeiten. Erfolg für die Versicherten hatte das Rechtsmittel von 100 der durch Urteil erledigten Berufungen in 17,2 Fällen.

Bei dem Reichsversicherungsamt als Revisionsinstanz wurden 5069 Revisionen anhängig, und zwar 4426 der Versicherten und 643 der Versicherungsanstalten. Von den Revisionen der Versicherten waren Invalidenrentensachen 4253, Altersrentensachen 42, Hinterbliebenenversicherungssachen 131; bei den Revisionen der Versicherungsanstalten handelt es sich 619 mal um Invalidenrentensachen, 4 mal um Altersrentensachen und 20 mal um Hinterbliebenenversicherungssachen. Die Bewegung der Ziffern der Revisionen gibt nachfolgende Zusammenstellung:

Jahr	Anhängig gewordene Revisionen			
	überhaupt	und zwar in		
		Invalidenrentensachen (einschl. Rentenentziehungssachen)	Altersrentensachen	Hinterbliebenenversicherungssachen
		Zahl	Zahl	Zahl
1912 . . .	5 069	4 872	46	151
1911 . . .	5 939	5 872	67	.
1910 . . .	6 655	6 568	87	.
1909 . . .	6 161	6 095	66	.
1908 . . .	6 305	6 228	77	.
1907 . . .	5 555	5 470	85	.
1906 . . .	6 290	6 193	97	.
1905 . . .	6 038	5 933	105	.
1904 . . .	4 798	4 661	137	.
1903 . . .	4 126	3 975	151	.
1902 . . .	3 915	3 709	206	.

Die Zahl der Revisionen in Invalidenrentensachen ist demnach im Jahre 1912 gegen das Vorjahr zurückgegangen. Auf 100 Schiedsgerichtsurteile entfallen anhängig gewordene Revisionen der Versicherten 19,63. Für die Versicherungsanstalten betrug die Revisionshäufigkeit auf 100 Schiedsgerichtsurteile 2,85. Erfolgreich waren die Revisionen der Versicherten in 1,01, die der Versicherungsanstalten in 12,16 von 100 Fällen.

Diese Statistik zeigt, daß der Kampf der Arbeiter um die Rente häufig ein vergeblicher ist. Das ist darauf zurückzuführen, daß zum Teil um vermeintliche, nach dem Gesetz aber nicht vorhandene Rechte gestritten wird, daß aber zum Teil auch die Rechtsprechung den Arbeitern nicht günstig, in vieler Hinsicht sogar schlechter geworden ist. Die durch die Reichsversicherungsordnung bewirkten Aenderungen werden wahrscheinlich die Statistik noch verschlechtern, da man sich erst an die neue Sachlage, die bekanntlich auch eine Einschränkung des Rekursrechtes aufweist, gewöhnen muß. Deshalb ist es notwendig, in Arbeiterkreisen Aufklärung zu schaffen, die am besten gefördert werden kann, wenn die vom geschäftsführenden Ausschuß herausgegebenen Schriften über die einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung möglichst weitgehende Verbreitung finden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. Mai 1913.

Der Gewerkverein der Deutschen Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe hat soeben die Tagesordnung für seine 10. ordentliche Generalversammlung versandt. Dieselbe findet am 5. Juli und folgenden Tagen in Waldenburg i. Schles. statt. Außer dem Tätigkeits- und Kassenbericht, die vom Generalsekretär und Hauptkassierer erstattet werden, und den zu jeder Generalversammlung eingehenden Anträgen, bildet einen Hauptpunkt der Tagesordnung ein Referat des Zentralratsvertreters über die Volksversicherung. Voraussichtlich wird der Vorsitzende des Zentralrats, Kollege Hartmann, als Vertreter der Verbandsleitung an den Verhandlungen teilnehmen.

Schon heute wünschen wir der Tagung den denkbar besten Verlauf. Möge sie dazu beitragen, dem Gewerkverein die Wege zu ebnen zu einer noch intensiveren Agitation, damit er erstarkt und ein kräftiges Glied unserer Gesamtorganisation werde!

* * *

Unser Gewerkverein der Deutschen Bauhandwerker entfaltet zurzeit eine lebhafte Agitation, die auch bereits von einigen Erfolgen gekrönt ist. Mit Hilfe der Verbandskollegen — besonders des Kollegen Rieger-Augsburg — ist es gelungen, daselbst einen Ortsverein zu gründen, dem eine größere Anzahl Mitglieder beigetreten ist. An verschiedenen anderen Orten wie München, Lauban, Treptow a. Toll. bestehen Aussichten, in allernächster Zeit gleichfalls Ortsvereine zu gründen. In den letzten Wochen wurden 170 Mitglieder gewonnen, darunter 30 aus andern Organisationen.

Wir freuen uns aufrichtig, daß der Gewerkverein der Bauhandwerker, der von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften in der unglaublichsten Weise bekämpft wird, so rüstig vorwärts schreitet. Pflicht aller Ortsvereine und Ortsverbände ist es, den Gewerkverein der Bauhandwerker nachdrücklichst zu unterstützen. Die Bezirksleiter dieses Gewerkvereins und besonders Kollege Münz-Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, sind gerne bereit, an all den Orten, wo Aussichten bestehen, Ortsvereine bezw. Zahlstellen zu gründen, den Verbandskollegen behilflich zu sein.

* * *

Arbeiterbewegung. Die Einigungsverhandlungen im Malergewerbe sind nun endlich von Erfolg gekrönt und der Kampf ist beendet worden. Am Donnerstag haben die Vertreter des Arbeitgeberverbandes und der drei Gehilfenorganisationen die Erklärung abgegeben, daß sie den Schiedsspruch der Unparteiischen anerkennen. Die Aussperrung hört damit auf, und am nächsten Montag dürfte auf der ganzen Linie die Arbeit wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis des Kampfes ist eine Niederlage der Unternehmer. — Der Kampf der Färber in Crefeld geht ungeschwächt weiter. Nur wenige Arbeitswillige haben sich gefunden, über 2000 Mann stehen noch im Ausstand. Die Unternehmer suchen die Situation noch zu verschärfen dadurch, daß sie von allen Seiten Arbeitswillige heranzuziehen suchen. Andererseits aber haben auf Veranlassung des sozialdemokratischen Verbandes auch in andern Gebieten die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, um die Anfertigung von Streikarbeit zu verhindern. — In Breslau befinden sich seit Dienstag etwa 350 Droschkenkutscher im Streik, weil die Unternehmer sich weigern, den den Kutschern bisher gewährten Satz an der Gesamteinnahme zu erhöhen. — In der thüringischen Maschinen- und Fahrradfabrik von Walter u. Co. in Mühlhausen haben wegen Maßregelung des Obmannes des Arbeiterausschusses über 200 Metallarbeiter die Kündigung eingereicht.

* * *

Zur Trinkgelderfrage im Gasthausgewerbe hat sich kürzlich ein Mitarbeiter der „Köln. Ztg." geäußert und dabei auch darauf hingewiesen, daß die Hotelbesitzer schon seit vielen Jahrzehnten bemüht seien, das Trinkgelderunwesen abzuschaffen, daß sie aber nennenswerte Erfolge dabei nicht erzielt hätten. Bis in das Jahr 1841 gehen diese Bemühungen zurück, die in der Hauptsache daran gescheitert seien, weil die Gäste hartnäckig an der Tringeldunsitte festgehalten haben. Später wieder aufgenommene Versuche haben das gleiche Schicksal geteilt. Selbst die Entlassungen von Gastwirtsgehilfen, die Trinkgelder annahmen, haben nichts genutzt. Der Weltkongreß der Allgemeinen Vereinigung der Hotelbesitzervereine in Rom 1908 hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es das beste sei, das Trinkgeld durch einen freiwilligen Betrag abzulösen. Auch heute noch wird diese Praxis vielfach geübt. Leider aber bereiten ihr die Gewohnheit im Publikum und auch mangelnde soziale Einsicht in den Kreisen der Gastwirtsgehilfen selbst die größten Schwierigkeiten.

Trotz aller dieser fehlgeschlagenen Versuche muß unseres Erachtens aus sittlichen und sozialen Gründen alles aufgeboten werden, um gründlich mit der Unsitte der Trinkgelder aufzuräumen.

* * *

Für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter haben sich kürzlich in einer Versammlung in London zwei hervorragende englische Großindustrielle auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen ausgesprochen. Herr William Lever, der Inhaber der bekannten Sunlizht-Seifenfabrik, will die Angelegenheit rein geschäftsmäßig, ohne Beimischung irgend welcher menschenfreundlicher Gesichtspunkte behandelt sehen. In seinem Betriebe erhalten die Arbeitnehmer, die fünf Jahre dort beschäftigt sind, einen Gewinnanteil. Bei Kündigung hat jeder Arbeiter das Recht, erst die Entscheidung des Verwaltungsrats anzurufen. Wie dieser Unternehmer ausführte, soll die Gewinnbeteiligung die Arbeiter anregen, ihr Bestes zu leisten, mehr als das, was für den bloßen Lohn zu fordern ist. Für das, was an Mehrleistung ohne Uebermüdung hervorgebracht werden kann, wird der Gewinnanteil verdient. Der Redner erinnerte daran, wie stark im Laufe der letzten Jahre die staatlichen Eingriffe in die Freiheit des Unternehmers durch die Arbeiterschutzgesetzgebung geworden seien, aber niemand wünsche die frühere Freiheit zurück. Die Arbeiterschutzgesetzgebung habe beiden Teilen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Nutzen gebracht und die industrielle Entwicklung gefördert. So werde auch die Gewinnbeteiligung beiden Teilen nützen und England den größten Fortschritt bringen.

Ein anderer Unternehmer, Herr William Watson, befürwortete ebenfalls nach den Erfahrungen, die er in seinem Betriebe gemacht hat, die Gewinnbeteiligung und empfahl die Art der Berechnung in der Weise, daß ein bestimmter Anteil der Ueberschüsse in Form von Lohnzulagen verteilt werden sollte. Der übrige Teil der Ueberschüsse soll den Arbeitnehmern zur Hälfte ausgehändigt, zur Hälfte zur Verbesserung der Wohlfahrtseinrichtungen verwandt werden.

Diese Darlegungen fanden in der betreffenden Versammlung auch lebhaften Widerspruch, in den sich zum Teil heftige Vorwürfe gegen die Gewerkvereinsführer mischten. Das gab Herrn William Lever Veranlassung, auf die Bedeutung der Gewerkvereinsbewegung im allgemeinen hinzuweisen und die Verdienste der Gewerkvereinsführer besonders hervorzuheben.

Offenbar hat man es hier mit wirklich sozial denkenden Unternehmern zu tun, bei denen vielleicht auch die Gewinnbeteiligung keine Nachteile für die Unabhängigkeit der Arbeiter mit sich bringt. Im allgemeinen aber besteht diese Gefahr; außerdem aber hat die Gewinnbeteiligung bisher so wenig Anhänger gefunden, daß ihr eine nennenswerte Bedeutung nicht beigemessen werden kann.

* * *

Rabattmarken verboten! Unsere Rabattsparvereinler dürfen sich beruhigen: Nicht in Deutschland ist das der Fall, sondern im „wilden" Australien. Nach einer Mitteilung der „Morgenpost" ist gegen Ende des vorigen Jahres im Staate Queensland ein Gesetz in Kraft getreten, wonach die Verwendung von Rabattmarken in jeder Form verboten ist. Zuwiderhandlungen sind mit einer Strafe bis zu zehn Pfund Sterling (200 Mark) belegt, und zwar sind nicht nur die Inhaber der Firmen, für deren Rechnung die Marken ausgegeben werden, strafbar, sondern auch deren Vertreter und Angestellte. Im Umlaufe befindliche Marken müssen durch ihrem Wert entsprechende Barzahlungen eingelöst werden. Als Grund für die Maßregel gilt der schädigende Einfluß des Systems auf das Geschäft und die Käufer, insbesondere die Jugend. Besonders bemerkenswert ist es, daß das Gesetz auch den Käufer schützen will. Allem Anscheine nach hat man mit dem Rabattmarkensystem in dieser Beziehung sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

* * *

Eine neue Art der Hinterbliebenenfürsorge wird jetzt im Königreich Dänemark eingeführt werden. Der dänische Reichstag hat nämlich ein Gesetz über die Pensionierung bedürftiger Witwen mit Kindern angenommen, das die seither bestehende große Bevorzugung der Mütter unehelicher Kinder wieder ausgleicht. Der wesentlichste Inhalt des Gesetzes ist nach der

„Frankfurter Zeitung" folgender: Als „bedürftig" ist diejenige Witwe anzusehen, deren Vermögen nicht 4000 Kronen (etwa 4500 Mk.), und deren Einnahmen nicht zwei Drittel desjenigen Betrages übersteigen, der in der betreffenden Gemeinde von der Staatssteuer befreit ist. Auch auf die Zahl der Kinder wird Rücksicht genommen: Für jedes Kind unter 14 Jahren erhöht sich nämlich die Vermögensgrenze um 500 Kronen, die Einkommensgrenze um 100 Kronen. Die Rente, die den Witwen bezahlt wird, beträgt für jedes Kind unter 2 Jahren 100 Kronen, für jedes Kind von 2—12 Jahren 80 Kronen und für jedes Kind von 12—14 Jahren 60 Kronen jährlich. Die Unterstützung fällt fort, sobald die Mutter eine neue Ehe eingeht, wenn sie Armenunterstützung bekommt oder eine Lebensführung anfängt, durch die sie sittliches Aergernis erregt.

Gewerkvereins-Teil.

§ **Zuffenhausen.** Der Ortsverband Stuttgart und Umgebung der Deutschen Gewerkvereine veranstaltete am Sonntag, den 18. Mai, eine Ortsverbandsversammlung, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Fuchs-Cannstatt über „Die Stellung der Gewerkvereine zur gewerkschaftlich-genossenschaftlichen „Volksfürsorge". Aus den Ausführungen ist hervorzuheben, daß für die Mitglieder der Gewerkvereine kein Anlaß besteht, sich dieser „Volksfürsorge" anzuschließen, weil innerhalb der Gewerkvereine reichlich Gelegenheit zur Versicherung geboten ist. Die Gewerkvereine sind jetzt dazu übergegangen, ihre Sterbe-Versicherungs-Kassen bis zu einer Versicherungssumme von 500 Mark auszubauen; eine weitere Versicherungsgelegenheit bis zu 1500 Mark ist in der „Deutschen Volksversicherung-A.-G." gegeben. Mit dieser Aktien-Gesellschaft sind seitens der Gewerkvereine Abmachungen getroffen. Die Versammlung stand auf dem Standpunkt, daß Vorsorge getroffen werden muß, daß kein Kollege irgend ein Amt in der „Volksfürsorge" als Beitragskassierer übernimmt. Die anderen Punkte der Tagesordnung waren interner Natur und riefen eine rege Diskussion hervor. Das Wachstum der Gewerkvereine nach dem letzten Jahresabschluß wurde freudig begrüßt, und die Kollegen versprachen, für die weitere Ausbreitung der Organisation energisch einzutreten. Darauf schloß der Vorsitzende mit einem Hoch die Versammlung. Die Kollegen aber gingen auseinander mit dem Bewußtsein, einer anregenden Versammlung beigewohnt zu haben.

W. Graf.

Verbands-Teil.

4. Quittung
über eingesandte Sammelgelder für die ausgesperrten Maler und Textilarbeiter.

Bauhandwerker: Dresden Mk. 10,30. **Brauer:** Elberfeld 10,—. **Bergarbeiter:** Rotthausen 7,—. **Fabrik- und Handarbeiter:** Kanena 5,—, Charlottenbrunn 3,—, Düsseldorf-Lierenfeld 5,—, Görlitz 12,70, Grana 1,97, Lauban 4,—, Königsberg 20,—, Niemegk 0,90, Steele 6,—, Zeitz 10,—, Zetsch 3,—, Züllchow 10,—. **Gemeindearbeiter:** Nürnberg 8,—. **Holzarbeiter:** Greifswald 8,75, Radeberg 5,—, Wismar 5,—. **Schneider:** Stralsund 12,80. **Textilarbeiter:** Cottbus (2. Rate) 30,—, Görlitz 4,—, Hof 2,70, Nowawes 13,—, Nürnberg 3,50, Spremberg 15,—. **Ortsverbände:** Essen-Ruhr 23,—. **Mark 239,62.** Bereits quittiert Mark 1435,75. **Summa Mark 1675,37.**

Berlin, den 22. Mai 1913.

R. Klein, Verbandskassierer.

Amtliche Bekanntmachung.

Ein Teil der Ortsvereine hat bezüglich der Sammellisten für die ausgesperrten Maler und Textilarbeiter noch nicht abgerechnet. Wir ersuchen hierdurch, dies umgehend zu tun. Die auf die Sammellisten eingegangenen Geldbeträge sind umgehend an die auf den Listen angegebene Adresse zu senden. Ueber die eingegangenen Beträge wird im „Gewerkverein" quittiert.

Mit kollegialen Grüßen

Der geschäftsführende Ausschuß.

F. Neustedt, Verbands-Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-T.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, Greifswalderstr. 221—28. Mittwoch, **28.** Mai, abends 8½ Uhr, Vortrag. Gäste herzl. willkommen. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Uebungsstunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, **24.** Mai. **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIV.** Abends 8 Uhr Versammlung mit Damen, im Lokal Berfußstr. 17. Nach der Versammlung gemütl. Beisammensein. (Gründungskränzchen).

Orts- und Medizinalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung in Burhops Gesellschaftshaus, Bremen, Nelkenstraße. — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowerstr. 42. — **Cöln** (Ortsverband). Sonntag, den **25.** Mai, morgens 10½ Uhr bei Weiden, Cäcilienstr. 1. Protokoll u. Kassenberichte. 2. Bericht vom Verbandstage: Kollege Sander. — **Dessau.** Gewerkvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Uebungsst. i. Vereinsl. „Fasan", Marktstr. — **Elberfeld-Barmen** (Ortsverband.) Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämper, Elberfeld, Luisenstr.- und Erholungsstr.-Ecke. — **Essen** (Ortsverb.). Sonntag, **25.** Mai, vorm. 9½ Uhr, Vorstands- u. Vertretersitzung i. Verbandsh., Frohnhauserstr. 53. — **Frankfurt a. O.** (Gewerkvereinssängerchor). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal Richtstr. 16. Verbandskollegen herzl. willkommen! — **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7—9 Uhr, Diskutierstunde im Lokal von C. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Aachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskutierabend bei Ludwigs. — **Hamburg** (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8½ Uhr im Restaurant „Viehhof", Lagerstraße 2. Diskutierabend. — **Hamburg** (Gewerkvereinsliedertafel). Jeden Donnerstag Uebungsst. b. Thönert in Altona, Eimsbüttelerstr. 48-50. — **Hannover-Linden und Umgegend** (Ortsverband). Sonntag, den **25.** Mai, morgens 9 Uhr Ausschußsitzung in der „Königsworth", Brühlstraße 12. T.-O. daselbst. Sonntag **1.** Juni, Tour nach Barsinghausen-Renndorf. — **Hannover-Linden und Umgegend** (Ortsverband). Monatsvers. der Jugendabt. am Sonntag nach dem **15.** eines jed. Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — **Herne** (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wilh. Ruhe, Bahnhofst. gegenüb. der evang. Kirche. — **Iserlohn.** Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpke. — **Köln** (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertretersitzung in der Lenz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig** (Gewerkvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Möller, Sandstraße 38. — **Oldenburg.** Ortsverbandsvers. am **24.** Mai, abends 8½ Uhr bei Bodendick, Donnerschweerstr. T. O.: Bericht des 1. Quartals. Berichte über Lohnbewegungen. Beschlüsse des letzten Verbandstages. Verschiedenes. — **Ortsverband für das obere Lennegebiet.** Sonntag, den **25.** Mai, öffentliche Versammlung in Attendorn. Näheres wird den Ortsvereinen bekannt gegeben. — **Schweidnitz** (Ortsverb.). Sonnabend, **24.** Mai, Ortsverbandsversammlung im Vereinslok. „Blauer Hecht". — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerkvereine). Die Uebungsstunde finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Stettin** (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Nebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. — **Tegel** (Diskutierklub für Tegel, Borsigwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn** (Bäcker). Jeden Sonntag nach dem 1., Ortsvereinsversammlung bei Nicolei, Mauerstr. 62. — **Weißenfels a. S.** (Gesangverein „Harmonie" der Deutschen Gewerkvereine.). Uebungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten". Gesangliebende Gewerkvereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels** (Ortsverband). Jeden **1.** Sonnabend im Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheintal".

Aenderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Lauban (Ortsv. der Fabrik- und Handarbeiter.). K. Thamm, Kassierer, Görlitzerstr. 8 II.

Stettin (Ortsv. der Holzarbeiter). J. Mitzke, Schriftführer, Pölitzerstr. 25. H. Jüngling, Kassierer, Yorkstr. 1 a.

Wetter a. d. Ruhr (Ortsverb.). W. Schulte, Schriftführer, Bergstr. 3.

Wilhelmshaven (Ortsverband). H. Lüdicke, Schriftführer, Rüstringen, Heinestr. 13.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Sonntag, den 15. Juni 1913,

Feier des 27. Stiftungsfestes,

verbunden mit

Fahnenweihe

des Ortsverbandes d. deutschen Gewerkvereine zu Worms a. R.

Alle Ortsverbände sowie Ortsvereine sind zur Feier freundlichst eingeladen. Wir rechnen auf zahlreichen Besuch, damit der Festzug recht imposant und die Feier zu einer machtvollen Kundgebung für die Deutschen Gewerkvereine wird. Nachrichten über Beteiligung erbitten wir bis zum 1. Juni und verweisen dabei auf die an die einzelnen Vereine gesandten Einladungen.

Worms, im Mai 1913.

Der Vorstand.
J. A.: Ed. Friederich, Schriftführer.

Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstützung oder Nachtlogis auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Nachtlogis im Verbandslokal bei Roggenkämper, Elberfeld, Erholungsstraße 2. Daselbst befindet sich auch die Rechtsauskunftstelle.

Schwelm (Westfalen). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten an Unterstützung 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Ernst Breuer, Kaiserstr. 5.

Mülheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei Heinrich Thelen, Kaiserstraße 69 II.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkvereiner beim Kollegen Gust. Pichel, Bauverein Nr. 87. Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Gasthof zum Klara-Schacht.

Geislingen, Württbg. (Ortsverband). Als Ortsverbandsgeschenk erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfg. bei G. Sapper, Bürstenmacher, Hauptstr. 48.

FAHNEN
Abzeichen u. sämtl. Vereinsbedarf gut u. billig bei
Th. Berkop, Oppeln.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten Unterstützung. Karten beim Ortsverbandskassierer H. Lüdecke Wilhelmshav.-Rüstringen, Heinestr. 13

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Koll. Reide, Bergstr. 54, abends 7—8 Uhr ausgezahlt. — Der Arbeitsnachweis wird von Koll. Oswald Flach, Senefelderstr. 32, verwaltet. Sprechzeit wochentäglich von 7—8 Uhr abends, am Sonntag von 10—12 Uhr vormittags.

Barth i. Pomm. (Ortsverb.). Durchreis. Gewerkvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Aug. Dähn, Pohlstraße 24. Arbeitsnachweis das.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten

M.-Gladbach-Rheydt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg Reiseunterstützung im Gewerkvereinsbureau, Lürtipperstraße 180. Daselbst auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalt. das Ortsverbandsgeschenk bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Ernst Gerber, Landeshuterstr. 35.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Begräbniskasse

des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. ● Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre ohne ärztliche Untersuchung.

Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.

Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:

Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goedecke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 116.